

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Lebküchler u. der Arbeiterdiät in der Süßwaren-, Kek-, Marmeladen- u. Teigwarenindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal 6 Mk.

Ersteinst jeden Mittwoch Redaktionsschluss Sonnabend nachm. 3 Uhr

Insertionspreis pro festgespaltene Nonpareillezeile 1 Mark, für Zeilen 50 Pf.

Die Kriegstatistik der freien Gewerkschaften.

I.

Als im Jahre 1914 der Weltkrieg über Deutschland urplötzlich hereinbrach, erschien auch der Fortbestand der Gewerkschaften auf das ernsteste gefährdet. Hunderttausende der besten Mitglieder wurden den Verbänden durch die Einberufungen zum Heeresdienst entzogen und die plötzlich eingetretene Unterbrechung des Erwerbslebens hatte eine Arbeitslosigkeit in solchem Umfange zur Folge, daß die Gewerkschaften den an sie gestellten finanziellen Anforderungen zu erliegen drohten. In diesen kritischen Tagen entstand bei den Verbandsleitungen der feste Wille, unter möglicher Anpassung an die außerordentlichen Verhältnisse die Gewerkschaftsorganisationen den Arbeitern über die schwere Kriegszeit hinweg zu erhalten. Um eine Uebersicht über die Organisationsverhältnisse zu gewinnen, unternahm die Generalkommission bei den ihr angeschlossenen Zentralverbänden Feststellungen über „den Bestand der Mitglieder, die Zahl der Eingezogenen und Arbeitslosen sowie über die Ausgaben für Unterstützungen“. Die erste dieser Erhebungen erfolgte Anfang September 1914, die letzte schließt ab mit dem 30. September 1918. Wenige Wochen später kam der militärische Zusammenbruch, der zum Abschluß des Waffenstillstandes zwang. Bis zum Schluß des ersten Kriegsjahres konnten die Kriegstatistiken der Zentralverbände unbeanstandet im „Korrespondenzblatt“ veröffentlicht werden. Sodann verbot die Militärbehörde ihr weiteres Erscheinen. Die Zahlen der Eingezogenen und der Gefallenen sollten nicht mehr bekannt werden.

Nach Friedensschluß hat sich der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes dazu entschlossen, mit Rücksicht auf den späteren historischen Wert der Erhebungen, die manchen Aufschluß über den Einfluß des Krieges auf die Gewerkschaften bieten, das mit so vielem Fleiße und großer Mühe eingebrachte Material zusammengefaßt der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Die Veröffentlichung ist nunmehr in einer Beilage zu Nr. 28 des „Korrespondenzblatt“ erfolgt.

Ein besonderer Wert der Kriegstatistiken liegt darin, daß sie auch Angaben über die Zahl der neu eingetretenen und der ausgeschiedenen Mitglieder enthält und damit erst die tatsächliche Mitgliederbewegung bei den Gewerkschaften während der Kriegsjahre erkennen läßt. Vom Schluß des 2. Quartals 1914 bis zum 30. September 1918 waren den berichtenden Zentralverbänden 1 682 582 Mitglieder, darunter 519 379 weibliche, beigetreten, dagegen werden für den gleichen Zeitraum wieder 1 256 441 Mitglieder, darunter 359 520 weibliche, als ausgeschieden angeführt. Unter Berücksichtigung der Eingetretenen betrug der gesamte Mitgliederabgang während des Krieges 2 777 648 = 86,2 % gegenüber dem Mitgliederbestand am Schluß des 2. Quartals 1914 unter Hinzurechnung des Mitgliederzuges. Die höchste prozentuale Verlustzahl weist die Erhebung vom 4. Quartal 1916 mit 69,9 auf. Dann tritt eine leichte Verbesserung ein. Von dem gesamten Mitgliederverlust kommen bis zum 3. Quartal 1918 1 412 837 Mitglieder = 83,7 % auf die Einberufungen zum Heeresdienst; das ist etwa die Hälfte des Gesamtverlustes. Sichtlich ist diese Zahl noch höher, als sie zahlenmäßig ausgewiesen ist, da sich nicht alle eingezogenen Mitglieder ordnungsgemäß abmelden. Obwohl sich naturgemäß mit der längeren Dauer des Krieges die Zahl der Eingezogenen ständig erhöhen mußte, so senkt sich doch vom 30. Juni 1917 an die prozentuale Zahl nicht unerheblich. Diese Erscheinung wird bedingt durch den mit Anfang des Jahres 1917 eingetretenen Mitgliederzuwachs der Gewerkschaften; der An-

teil der Einberufenen an der Verlustzahl wird dadurch vermindert. Dieser Anteil ist hier angegeben im Verhältnis zu den gesamten Mitgliedern einschließlich der weiblichen. Ein wesentlich anderes Bild ergibt sich, wenn die Zahl der Einberufenen in Beziehung zu den männlichen Mitgliedern gesetzt wird. Diese Berechnungsmethode ist bei den einzelnen Erhebungen erfolgt und zeitigte folgendes Ergebnis:

Zum Heeresdienst waren einberufen: 30. Januar 1915 34,1 %, 31. Juli 1915 46,4 %, 31. Dezember 1915 59,7 %, 30. Juni 1916 61,5 %, 31. Dezember 1916 64,1 %, 30. Juni 1917 62,2 %, 31. Dezember 1917 59,3 %, 30. September 1918 57,6 % der männlichen Mitglieder.

Auch hier tritt die Erscheinung der prozentualen Senkung der Einberufungszahl vom 30. Juni 1917 an als eine Wirkung des vermehrten männlichen Mitgliederzuwachses hervor. Die prozentualen Zahlen lassen erkennen, in welchem gewaltigen Umfange die männliche deutsche Bevölkerung am Kriege teilgenommen hat. Und mit tiefer Erschütterung nehmen wir durch die trockenen Zahlen Kenntnis davon, daß von der Gesamtzahl der Eingezogenen am 30. September 1918 129 585 Mitglieder = 9,2 % in dem besten Lebensalter als Kriegsoffer auf den Schlachtfeldern gefallen oder in den Lazaretten verstorben sind. Ungeheuerliche Opfer an Menschenleben, wenn man sich diesen Todesanteil übertragen auf alle Eingezogenen zahlenmäßig vorstellt. Da mit dem 30. September 1918 die Todeszahl noch nicht abgeschlossen war, wird man annehmen können, daß mindestens der zehnte Teil der Einberufenen als Kriegsoffer geblieben ist.

Der Mitgliederbestand der Zentralverbände hatte bis zum Schluß des Jahres 1916 von Quartal zu Quartal eine ständige Abnahme erfahren. Sodann trat eine Aufwärtsbewegung ein. Am 30. Juni 1917 kann eine eingetretene Vermehrung um 139 438 Mitglieder = 14,7 % verzeichnet werden. Noch erheblicher war dann die Zunahme an Mitgliedern bis Schluß des Jahres, sie betrug 187 628 = 17,2 %. Bis zum 30. September 1918 stieg die Mitgliederzahl weiter, jedoch in geringerem Umfang, und zwar um 138 653 = 10,9 %. Die Aufwärtsbewegung der weiblichen Mitgliederzahl trat erheblich früher ein als die der männlichen. Schon am 30. Juni 1916 war ein Gewinn von 6970 weiblichen Mitgliedern = 4,9 % festzustellen. Numerisch am stärksten war die weibliche Mitgliederzunahme vom 30. Juni 1917 bis zum Schluß des gleichen Jahres mit 70 517 = 26,7 %. Die letzte Erhebung schließt ab mit einer Vermehrung von 41 368 Mitgliedern = 12,4 %. Das Schlussergebnis der Kriegstatistiken ergibt folgendes: Es betrug die Zahl der Mitglieder vor Ausbruch des Krieges 2 289 454 männliche, 221 131 weibliche, zusammen 2 510 585. Dagegen waren vorhanden am 30. September 1918: 1 039 979 männliche, 375 340 weibliche, zusammen 1 415 319 Mitglieder. Es ist demnach während des Krieges eine Abnahme von 1 095 066 Mitgliedern = 43,6 % zu verzeichnen. Da 1 412 837 Mitglieder eingezogen waren, so entfällt die Abnahme lediglich auf die Einberufungen. Die männliche Mitgliederabnahme allein beziffert sich auf 1 249 475, während sich die Zahl der weiblichen Mitglieder um 154 409 = 69,8 % erhöhte. Die starke Vermehrung der weiblichen Mitglieder ist auf die während des Krieges erheblich gewachsene Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben zurückzuführen.

Die durch die Kriegstatistiken gemachten Feststellungen über den Grad der Arbeitslosigkeit geben ein Spiegelbild der Gestaltung des Wirtschaftslebens während der Kriegsjahre. Die anfangs September 1914 vorgenommene Erhebung verzeichnet 370 126 Arbeitslose = 21,2 % der an der Berichterstattung beteiligten Mitglieder. Die für diese Arbeitslosen aufgewendete Unterstützung betrug wöchent-

lich 1 648 120 M. Am 31. Oktober ist die Arbeitslosenzahl bereits auf 10,5 % zurückgegangen. Ende Januar 1915 sind nur noch 6,6 % der berichtenden Mitglieder arbeitslos, und die Erhebung vom Ende Juli weist mit 2,6 % schon einen etwas geringeren Grad der Arbeitslosigkeit auf, als er in dem gleichen Monat 1913 und 1914 bestand. Die Arbeitslosenzahl sinkt nun fortgesetzt, mit einer geringen Abweichung im Dezember 1917, und stellt sich Ende September 1918 auf 0,8 %. Die anfängliche starke Arbeitslosigkeit schlug in den letzten Jahren um in eine erhebliche Nachfrage nach Arbeitskräften; die Kriegsindustrie arbeitete mit fieberhafter Anstrengung, um den Bedarf des Krieges zu decken. Während der ganzen Dauer des Krieges war die Arbeitslosigkeit bei den Frauen erheblich stärker als bei den Männern.

In den Zahlen der Arbeitslosen allein kommt jedoch die nach Ausbruch des Krieges eingetretene Beschäftigungslosigkeit nicht zum vollen Ausdruck. In großem Umfange wurde in verschiedenen Gewerben eine starke Verkürzung der Arbeitszeit vorgenommen, um die völlige Arbeitslosigkeit möglichst einzuschränken. Von den Zentralverbänden ist versucht worden, auch eine Uebersicht über den Grad der teilweisen Beschäftigungslosigkeit zu gewinnen. Die ermittelten Zahlen sind recht erheblich und gehen mit Ausnahme der Erhebung vom 31. Oktober 1914 weit über die der Arbeitslosen hinaus, obgleich anzunehmen ist, daß von den Erhebungen die teilweise Beschäftigten nicht so völlig erfasst wurden als die Arbeitslosen. Am 31. Oktober 1914 wurden gezählt 122 545 = 7,4 % und am 30. Januar 1915 109 925 = 7,6 % bei verkürzter Arbeitszeit beschäftigte Personen. Die niedrigsten Zahlen der teilweise Beschäftigten weisen die Erhebungen vom ersten und zweiten Halbjahr 1917 mit 16 765 = 1,6 % und 19 550 = 1,5 % auf. Am 30. September 1918 wurden 28 725 Personen = 2,1 % der berichtenden Mitglieder als nur teilweise beschäftigt gezählt.

Keine Anrechnung der gewerkschaftlichen Unterstützung.

Einzelne Kommunalbehörden wußten nichts Besseres zu tun, als die gewerkschaftliche Unterstützung auf die Erwerbslosenunterstützung anzurechnen. Dagegen haben sich die Gewerkschaften mit Recht gewendet. Nunmehr veröffentlicht der Textilarbeiterverband eine Zuschrift vom Reichsarbeitsminister, nach der an die Regierungen Anweisung ergangen ist, daß die gewerkschaftliche Unterstützung nicht mehr anzurechnen ist. Die Zuschrift lautet:

Der Reichsarbeitsminister.
I. C. 2857/20.

Auf das Schreiben vom 10. Juli 1920.
Betreffend Anrechnung von Gewerkschaftsunterstützungen auf die Erwerbslosenunterstützung.

Berlin NW 6, Luisenstr. 32/34, den 27. Juli 1920.

Die Reichsregierung hat beschlossen, Unterstützungen, die die Gewerkschaften im Falle der Arbeitslosigkeit an ihre Mitglieder zahlen, künftig nicht mehr auf die Erwerbslosenunterstützung anzurechnen. Ich habe die Regierungen der Länder gebeten, die Gemeinden mit entsprechender Weisung zu versehen, falls bei den Ländern keine Bedenken gegen die Durchführung dieses Beschlusses bestehen. Ich beabsichtige, in der nächsten Novelle zu der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge eine ausdrückliche Bestimmung einzufügen.

Ich darf annehmen, daß sich damit auch der weitere Inhalt des dortigen Schreibens erledigt, zumal, da die Anrechnung zu zwei Drittel durch den Stadtrat von Roth seinerzeit offenbar nur deshalb erfolgt ist, weil bei der Abfassung der Kathar Befamtmachung vom 28. Mai 1920 die Novelle vom 6. Mai 1920 (Reichs-Gesetzblatt Seite 98), durch die die Anrechnung auf die Hälfte herabgesetzt wurde, noch nicht hinreichend bekannt war.

An den Textilarbeiterverband
in Berlin O 27.

Dr. Braun.

Das Ergebnis der Beiratswahl.

- 1. Wahlkreis.** Als Vertreter erhielten Stimmen: Boffe (Breslau) 250, Wille (Stettin) 235, Müller (Breslau) 204. Stichwahl zwischen Boffe und Wille.
Als Stellvertreter erhielten Stimmen: Weiskopf (Potsdam) 275, Müller (Breslau) 181, Boffe (Breslau) 84, ungültig 212 Stimmen. Gewählt als Stellvertreter Weiskopf (Potsdam).
- 2. Wahlkreis.** Als Vertreter: Gallenmüller (Galle) 279, Friedrich (Dresden) 209, Kolbe (Sagan) 177, Gnauck (Plauen) 168, Wolfert (Chemnitz) 154. Stichwahl zwischen Gallenmüller und Friedrich.
Als Stellvertreter: Gröschler (Jena) 339, Fuchs (Bauhen) 216, Trenkel (Gera) 113, Wolf (Hirschberg) 138, zerplittert 27, mäßig Stichwahl zwischen Gröschler und Fuchs.
- 3. Wahlkreis.** Als Vertreter: Wefemann (Hannover) 646, Pool (Hannover) 326. Gewählt Wefemann.
Als Stellvertreter: Schnelle (Magdeburg) 737, Müller (Magdeburg) 242. Gewählt Schnelle.
- 4. Wahlkreis.** Als Vertreter: Specht (Bielefeld) 925, Born (Gotha) 277, Nebling (Essen) 136, Wütiner (Essen) 81, Trill (Helmstedt) 94. Gewählt Specht.
Als Stellvertreter: Meier (Bielefeld) 761, Mustat (Mühlhausen i. Th. 238, Huber (Sersford) 310. Gewählt Meier.
- 5. Wahlkreis.** Als Vertreter: Diel (Cöln) 1451, Hornung (Frankfurt a. M.) 676. Gewählt Diel.
Als Stellvertreter: Dörr (Düsseldorf) 1433, Nat. Müller (Frankfurt) 693. Gewählt Dörr.
- 6. Wahlkreis.** Als Vertreter: Schächtele (Mannheim) 836, Grener (Mann.) 203. Gewählt Schächtele.
Als Stellvertreter: Mattheis (Stuttgart) 765, Bummiller (Mann.) 217. Gewählt Mattheis.
- 7. Wahlkreis.** Als Vertreter: Gerl (München) 810, Rauch (München) 368. Gewählt Gerl.
Als Stellvertreter: Zimmermann (Münchberg) 752, Brandl (Münchberg) 423. Gewählt Zimmermann.

Die Wahlstellen der Wahlkreise 1 und 2 haben die erforderlichen Stichwahlen nach den Bestimmungen des Wahlreglements bis spätestens zum 29. August vorzunehmen. Es sind nur die genannten Stichwahlkandidaten zur Wahl zu stellen. Die Stichwahlprotokolle, die vom Wahlstellenvorsitzenden zu unterschreiben sind, sind bis spätestens zum 26. August (ohne Stimmzettel) an den Wahlleiter einzuschicken.

Der Wahlleiter. Alfred Fitz.

Der Deutsche Konditoren-Bund e. V.

hat in einer Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes, die Mitte Juli in Goslar stattgefunden hat, eine ziemlich umfangreiche Tagesordnung erledigt. Wir greifen aus ihr einige Punkte heraus, die uns zeigen, welche Stellung die Herren gegenüber gewissen Berufsfragen einnehmen. So hat über die Reichsarbeitsgemeinschaft Herr Sachtleben, Magdeburg, referiert und es heißt in der Jahresspreche, der Bericht sei dahin zusammenzufassen, daß die Reichsarbeitsgemeinschaft gewissermaßen durch die praktischen Verhältnisse als überholt zu betrachten ist. Wenn Herr Sachtleben Mitte Juli einer solchen Meinung war, so wird er sie wohl inzwischen wieder geändert haben, denn gerade die „praktischen Verhältnisse“ haben es jetzt den Herren selbst sehr wünschenswert erigieren lassen, daß die Arbeitsgemeinschaft noch am Leben ist. Sie ist nämlich recht schnell zu einer Sitzung zusammengekommen, als die Lehrlingsfrage infolge des Erlasses des mecklenburger Handelsministers eine Brennpunkt für die Arbeiter wurde. Man hat ja in der Sitzung die Lehrlingsfrage auch noch in einem besonderen Punkte behandelt und beschlossen, zu der von der Regierung beabsichtigten Einschränkung der Lehrlingszahl eine „dementisprechende“ Eingabe anzuarbeiten. Wahrscheinlich hat man in dieser Eingabe den Vorschlag gemacht, die Lehrlingszahl in den Konditorien auf eine Reihe von Jahren ganz zu verbieten!

Nach für die Sonntagarbeit wurde in Goslar selbstverständlich nochmals ganz entschieden eingetreten und die bisher eingeschlagene Schritte der Geschäftsleitung in dieser Angelegenheit gutgeheißen. Es soll auf diese Weise weitergearbeitet werden. Die Geschäftsleitung wird sich ganz energisch zur Wehr setzen müssen, wenn sie nicht in das Joch der Sonntagarbeit wieder hinein will.

Man hatte sich jedoch in dem schönen Harzstädtchen auch mit einem Antrage des Magdeburger Gehilfenverbandes, betreffend Reichstaxi, zu beschäftigen. Im Protokoll heißt es hierzu:

Der Antrag des Deutschen Konditorgehilfenverbandes, betreffend Reichstaxi, wurde abgelehnt, weil der Deutsche Konditorgehilfenverband als solcher noch nicht in der Lage ist, einen diesbezüglichen Reichstaxi von seiner Seite aus durchzusetzen.

Es mag den Herren sehr leid getan haben, einen solchen Satz schreiben zu müssen, aber so kommt mir die Magdeburger Reichstaxi-Debatte selber nicht so recht, daß sie glauben, ein Reichstaxi habe irgendwelchen Zweck, wenn der eine Mecklenburger nicht hinter sich hat. Man denke nur nicht, die Mecklenburger nicht aber die weichen Kräfteverhältnisse der Magdeburger und der anderen Organisations Bescheid! Nur ein Herr Meyer kann so was sein, zu denken, ein Taxii — und man gar ein Reichstaxi! — hätte für die Arbeiterschaft einen Nutzen, wenn nicht die abschließende Organisation eine Reichstaxi hinter sich hat oder wenigstens in absehbarer Zeit hinter sich bringen kann. Nur gesellschaftliche Säupter oder Leute, die unter allen Umständen ihren Kollegen Leid in die Augen zu sehen möchten, können in der heutigen Verfassung, wie die Magdeburger es sind, auf die Idee kommen, den Mecklenburger Reichstaxi anzusetzen zu wollen. Reichstaxi in der Gewerkschaftsbewegung sind genug Fälle zu verzeichnen, daß schon längst die Arbeitgeberorganisationen sich auch hinter den Reichstaxi-Verband gestellt haben, wenn sie nicht schon längst den Reichstaxi-Verband einen Krebs geben wollten, so geschick es nicht aus dem Reichstaxi, sondern in anderen Angeh. Man hätte den Reichstaxi-Verband gar zu gern den Reichstaxi erfüllt, aber man hat bereits alle Hoffnung setzen lassen, daß der gelbe Beutel niemals richtig laufen kann.

Echtes Reichstaxi wollen wir nicht unterstützen lassen, daß sich die Herren auch mit der Gründung eines Arbeitgeberverbandes

für das deutsche Konditorgewerbe befassen, daß sie hierzu jedoch in der nächsten Sitzung erst nochmals eingehend verhandeln wollen. Die Geschäftsleitung muß mit gleichem Eifer für den Ausbau ihrer Organisation wirken!

Stimmen aus der Konditorengehilfen-Sektion „Franken“, Nürnberg.

Auf dem Verbandstag in Nürnberg wurde davon gesprochen, noch in diesem Jahre eine Konferenz für reine Konditoren tagen zu lassen. Es ist höchste Zeit, wenn wir Schritte nach vorwärts machen wollen, uns eine feste Burg zu bauen in Gestalt einer Reichstaxi. Eine Konferenz gibt uns die Gewähr, den Bauplan festlegen zu können. Den Grund bildet die Reichstaxi; der Bau besteht in der Verteilung der Lehrlinge in unserm Gewerbe, an der Spitze muß ein weichtüchtiger auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet erfahrener, energischer Fachmann stehen. Die Aufgabe der Sektion ist, alle deutschen Konditorengehilfen zu organisieren. Baldige Abhilfe beziehungsweise Regelung bedürfen in den Konditorien: Lehrlingszüchterei, das Volontärwesen, das Prüfungsweien, die Aufstellung von Bezirksstaris, die Gründung von Zahlstellensektionen. Ein besonderes Augenmerk bedarf die Lösung der Frage der Sonntagarbeit. Unter großen Umständen haben die Lehrlinge zu leiden, besonders dort, wo keine Gehilfen beschäftigt sind. Die Lehrlingszüchterei ist besonders auf dem flachen Lande eine große. Dort kennt man auch keine gesetzliche Arbeitszeit. Die Lehrlinge haben nach beendeter dreijähriger Lehrzeit keine blasse Ahnung von ihrem Berufe und sie werden denn auch noch von Leuten, denen die Berufskennnisse selbst fehlen, geprüft und kommen dann als Arbeitslose bei der Erwerbslosenfürsorge an. Die Durchführung der Gehilfenprüfungen läßt allerorts sehr zu wünschen übrig. Alle jungen Leute, die ihren Beruf nicht voll erfaßt haben, müßten durch die Prüfungskommissionen an den Lehrmeister zurückgewiesen werden und letzterer müßte zur Verantwortung gezogen werden. Fehlt es an der geistigen Fertigkeit des Lehrlings oder Prüflings, so ist er ebenfalls zurückzuweisen. Dort, wo bis heute noch keine Lohnstarife für Gehilfen bestehen, malter heute noch das Volontärwesen, das rechtlos beseitigt werden sollte. Großen Schaden in dieser Hinsicht richten hier auch die Konditorfachschulen an, die alles mögliche zu Konditoren ausbilden wollen. Bemerkenswert ist, daß diese „Fachschulen“ Zucker und andere Rohstoffe zu „Uebungszwecken“ von den Kommunalverbänden gelieft bekommen. Wichtig ist die Gründung von Zahlstellensektionen, die Bezirksstarife vorbereiten sollen, damit auch den Kollegen auf dem flachen Lande die Lage verbessert wird und somit die Gewerkschaft vor unangemessenem Zugriff geschützt werden. Diese und noch viele ähnliche Aufgaben werden gelöst werden können, wenn größere Einigkeit der Kollegen geschaffen worden ist. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, am Aufbau mitzuwirken. Besonders die Führer der bis jetzt bestehenden Sektionen mögen diesbezügliche Anträge an den Hauptvorstand einreichen. Auf zur Arbeit, darin liegt unsere Zukunft.

G. G. Meyer,
Vorsitzender der Konditorensektion „Franken“, Nürnberg.

Zur Frage der Arbeitsvermittlung der Konditoren.

Vor einiger Zeit wurde im Stettiner Arbeitsamt eine Knappheit der Konditoren bemerkt. Die Konditorensektion der Zahlstelle setzte sich mit den Brudersektionen in Verbindung und von einigen Orten wurden recht große Zahlen Arbeitsloser gemeldet. Es zeigt sich also, daß es dringend notwendig ist, hinsichtlich der Arbeitsvermittlung eine Verbindung der Sektionen durch die Zahlstellenverwaltungen herbeizuführen, denn es gibt ja auch eine ganze Anzahl Kollegen, die in anderen Berufen arbeiten. Sollte an einem Orte Mangel an Arbeitskräften sich bemerkbar machen, so könnte viel getan werden, um Kollegen von auswärts zuzubringen. Bei Saisonbeginn gibt beispielsweise Stettin viel Kräfte an die Dillbeber ab und es wäre sehr angebracht, wenn die Sektionen sich über diesen Punkt durch die Zeitung verständigten; es könnte ein großer Fortschritt in der Arbeitsvermittlung erzielt werden. Ueberhaupt müßte von den Sektionen mehr über ihre Arbeitsverhältnisse geschrieben werden, sowie darüber, wie in den einzelnen Sektionen die allgemeine Tätigkeit sich entwickelt hat. Wenn schon so oft der Wunsch laut wurde, eine Reichstaxi zu bilden, dann ist es dringend nötig, daß die Sektionen rege arbeiten und alle Mittel in Bewegung setzen, um sich zu entwickeln. Geht an die Arbeit, Kollegen! Wer unsere Zeit verfolgt, wird wissen, daß sich immer mehr Kollegen was anschließen. Neuerdings erst haben sich die Bonner und andere zu unserer Seite gestellt; wir begreifen sie alle herzlich und wünschen, daß sie sich recht lebhaft in Wort und Tat an allen Arbeiten unseres Verbandes beteiligen. Und den „Magdeburgern“ rufen wir zu: Laßt eure Zerstückelungsarbeit, durch die nur die Interessen der Kollegen geschädigt werden!

In Stettin arbeiten zurzeit 44 Kollegen, davon sind 41 in unserem Verbands. Wir sind im Fachauschuß, im Gewerkschaftsamt, im Arbeitsamt und in der Zahlstellenverwaltung vertreten, sowie auch bei anderen Körperschaften zugezogen. Die hiesige Kollegenchaft ist eifrig bemüht, alle ihre Aufgaben in den Versammlungen gründlich zu erledigen; nur wenige sind darunter, die den alten Geist noch nicht ganz los werden konnten. Mögen also alle Sektionen über ihre Tätigkeit immer berichten, damit der Zusammenschluß zu einer Reichstaxi gefördert werden kann!

Aus der Südwartindustrie des Bezirkes Bielefeld.

Als es im vorigen Jahre gelungen war, einen Reichstaxi für die Südwartindustrie usw. abzuschließen, war es endlich auch möglich geworden, mit den hiesigen Arbeitgebern, die eine Organisation für sich bilden, einen Bezirksvertrag abzuschließen. Er umfaßt den Regierungsbezirk Minden und den Freistaat Lippe. Im allgemeinen schloß sich der Vertrag mit einigen Ausnahmen dem Reichstaxi an. Ausnahmen bildeten unter anderem die Ortsprüfungen und die Facharbeiterfrage, die im Vertrag nicht angeführt waren. Letztere nach unserer Ansicht zum Segen der Arbeiterschaft. Nachdem im Laufe des Jahres wiederholt versucht war, die Ortsprüfungen

einzuführen, gelang es nach einem zähen und harten Kampf unter einem andern Namen. Als im April dieses Jahres erneut der Kampf um eine Lohnerhöhung einsetzte, war es durch einmütiges und geschlossenes Vorgehen der Arbeiterschaft möglich, die Löhne im allgemeinen höher zu gestalten wie im Reichstaxi. Es war aber nur deshalb möglich, weil die gesamte Arbeiterschaft mit Ausnahme einer Handvoll „Griffen“ bei uns organisiert ist. Dieser Lohnabschluß war selbstverständlich den Unternehmern ein Dorn im Auge; sie wollten versuchen, die Löhne abzubauen. Diese Gelegenheit sollte sich bald finden. Zum 1. Juli kündigten wir die Lohnvereinbarung. Zugleich kündigten die Unternehmer und verlangten, daß die Löhne um 1 M. pro Stunde herabgesetzt werden sollten. In Verbindung hiermit wurde zugleich der Bezirksvertrag gekündigt mit der Begründung, man wolle sich dem Dresdener Bund anschließen. Soweit es sich um die Lohnfrage handelte, mußten die Unternehmer es einsehen, daß mit ihrem Antrage auf Lohnabbau kein Durchkommen sein konnte. Die Kampfstimmung unter der Arbeiterschaft war eine glänzende und man hätte den Unternehmern gezeigt, wohin ihre Politik des Lohnabbaues geführt hätte. Wer aber nun glaubte, daß jetzt die Lohnfrage zumindest von den Unternehmern bis zum 1. Oktober in Ruhe gelassen worden wäre, der irrte gewaltig. Zum zweitenmal haben die Unternehmer die Lohnvereinbarung gekündigt. Diesmal zum 1. September. Zum zweitenmal soll versucht werden, eine Lohnkürzung vorzunehmen. Diese Lohnkürzung soll den Zweck haben, zum 1. Oktober nur noch die Löhne zahlen zu brauchen, die im Reichstaxivertrag festliegen. Der Uebertritt zum Dresdener Bund wäre damit ein leichterer. Vor allen Dingen hätte man dort leichteres Arbeiten in der Lohnfestsetzung und auch die Frage der Facharbeiter wäre mit einem Schlage für die hiesigen Unternehmer erledigt.

Die Arbeiterschaft des hiesigen Bezirkes denkt jedoch nicht daran, sich irgendwelche Lohnabzüge gefallen zu lassen. Die Not fühlt sie selbst noch täglich an eigenen Leibe. Denn von dem vielgepriesenen Preisabbau ist hier verheerend wenig zu verspüren. Zumal der Winter mit all seinen Folgen vor der Tür steht. So weiß es die Arbeiterschaft heute noch nicht, woher sie das Geld zum Einkellern der Kartoffeln nehmen soll, nachdem man den Landwirten berartig unerhörte Preise bewilligt hat. Daran kehren sich die Arbeitgeber aber nicht. Ihnen ist es gleich, was aus der Arbeiterschaft wird. Letztere ist deshalb bereit und muß es sein, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln diesen aufgezwungenen Kampf siegreich durchzuführen. Einmal vom Standpunkt der eigenen Lebenshaltung ausgehend, dann aber auch vom Standpunkt der Solidarität den übrigen Berufscollegen und Kolleginnen gegenüber. Sie weiß, daß ein Nachgeben nur bedeuten würde, daß die Unternehmer dann auf der ganzen Linie erneut mit Lohnabzügen kommen würden. Und dieses muß unter allen Umständen vermieden werden.

Der Arbeiterschaft in den Betrieben mag dieser rücksichtslose und durch nichts begründete Vorstoß der Unternehmer erneut beweisen, wohin der Weg geht. Nur einmütiges und geschlossenes Handeln kann uns deshalb vorwärts bringen. Sp.

Einschränkung der Arbeitslosigkeit.

Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Bäcker und Konditoren beschäftigte sich in seiner Sitzung am 8. August recht eingehend mit der Frage der Arbeitslosigkeit und bemühte sich, Mittel und Wege zu suchen zur Unterbringung einer größeren Anzahl von Arbeitslosen. Die vielfachen Vorschläge wurden den beteiligten Organisationen zur Aeußerung überwiesen. Allseitig wurde anerkannt, daß die Verordnung des preussischen Handelsministers bezüglich der Haltung von Lehrlingen in Bäckereien und Konditorien einen Fortschritt im Lehrlingswesen bedeutet. Der Vorstand sprach die Erwartung aus, daß von den Berufsorganisationen überall sofort die Verordnung durchgeführt wird.

Nach den Ausführungsbestimmungen sind mit der Durchführung der Verordnung die Fachauschüsse betraut. Es ist nun Aufgabe dieser Körperschaften, daß unverzüglich mit den untern Verwaltungsbehörden in Verbindung zu treten ist, damit auf dem raschesten Wege die Verteilung der Lehrlinge erfolgen kann. In erster Linie muß bei den Lehrlingszüchtern angegangen werden. Es wird dadurch möglich sein, in solchen Betrieben wo mehrere Lehrlinge in Frage kommen, durch die Verteilung Gehilfen unterbringen zu können. Wenn bei dieser Regelung im Einverständnis der Eltern oder Vormünder Lehrlinge bereit sind, freiwillig aus dem Berufe auszuscheiden, so sollen keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. In allen diesen Fällen wird von den untern Verwaltungsbehörden die Zustimmung zur Lösung des Lehrvertrages leicht zu erreichen sein.

Sozialisierung und Arbeiterräte.

Sozialisierung! Welche Gedankenwelt umfaßt dies Wort! Dem einen erscheint sie als eine moderne Spielart, dem anderen als ein Programmpunkt. Auch bei vielen Kollegen, die den linksstehenden politischen Parteien angehören, ist noch keine Klarheit vorhanden und weit gehen die Meinungen auseinander, was unter Sozialisierung zu verstehen ist. Mir erscheint sie als eine unbedingte Notwendigkeit zur Einstellung der gesamten Wirtschaft auf den wirklichen Bedarf, unter Ausschaltung aller Hindernisse und Neigungswierigkeiten, zur Allgemeinwirtschaft. Durch den grauenhaften Krieg sind wir ein armes Volk geworden. Die Regierung hat in sträflicher Weise leider seit der Revolution nicht alle Mittel angewendet, um der Kapitalflucht ins Ausland vorzubeugen. Unsere Lage hat sich seitdem noch mehr verschlechtert. Einem kapitalistischen Staat wird es nicht möglich sein, der Schwere der Republik sozial gestrichen ist, um allen durch den Krieg entstandenen Verpflichtungen ohne Schädigung der Volksmassen nachzukommen. Der Krieg hat in schauderhafter Weise alles vernichtet. Heute ist es einem großen Teil der Bevölkerung nicht mehr möglich, den Hunger stillen zu können. Obendrein bestehen noch die Verpflichtungen gegenüber dem Auslande. Eine stärkere Belastung und Heranziehung der bestehenden Klasse ist unausbleiblich.

Wie sieht es nun in unserer sogenannten sozialen Republik aus? Auf der einen Seite wird der Abbau der bestehenden Löhne verlangt und gleichzeitig schnellen die Preise in die

Sähe. Zur Erreichung ihres Zieles spannt das Unternehmertum die Regierung vor ihren Wagen und versuchen darauf einzuwirken, daß Schutzgesetze erlassen werden, um sie vor wirtschaftlichen Erschütterungen zu bewahren. Alle diese Maßnahmen müssen scheitern an den Willen der Arbeiterschaft. Es muß mit aller Energie an die Schaffung der Gemeinwirtschaft herangetreten werden, bei der jeder Profit für einzelne Personen ausgeschaltet wird. Die Leitung des Betriebes mußte den Betriebsräten anvertraut werden. Das ist durchführbar, weil hier die Hand- und Kopfarbeiter vertreten sind. Ehe aber solche Pläne in die Tat umgesetzt werden können, muß noch viele Arbeit geleistet werden. Die eiserne Notwendigkeit wird uns aber über alle Schwierigkeiten hinweghelfen. Wir alle aber wollen uns eins sein in den Worten Hebbels: 'Immer kämpfen, denn dem Sozialismus gehört die Welt! Und um den Sozialismus zu verwirklichen, kann es keinen Kuhhandel und Kompromiß geben zwischen Kapital und Arbeit, sondern unsere Lösung muß sein; hie Arbeit; hie Kapital.'

F r a n z H e r b s t, Hannover.

Material für unsere Lohnbewegungen.

Bei einer Gegenüberstellung der Lebensmittelpreise und sonstiger wichtiger Bedarfsartikel mit 1914 werden wir erst recht gewahr, wie sich unser Lohneinkommen gegen die Zeit vor dem Kriege verschlechtert hat. Das Material ist unter Zugrundelegung der amtlichen Preise in Leipzig den Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig entnommen.

Table with 3 columns: Item, 1914, 1920. Items include Roggenbrot, Mehl, Reis, Kartoffeln, Milch, Butter, Schmalz, Rindfleisch, Schweinefleisch, Kaffee, Glas Bier, Zigarette, Schachtel Streichhölzer, Zitr. Britetts, Petroleum, einfache Waschseife, Nähgarn, Hemdentuch, mittelfeine Strickwolle, Herrenanzug, Paar Stiefel.

Wir werden in unserer Organisation kein Mitglied aufweisen können, dessen Lohneinkommen in gleicher Höhe gestiegen ist, als die Preise für die hier aufgeführten Artikel in die Höhe schritten. Mit dem Lohnabbau werden die Unternehmer noch lange kein Glück haben. Der Arbeiter muß vielmehr dahinstreben, daß sein Einkommen recht bald mit der Preiserhöhung gleichen Schritt halten kann. Dann ist er erst dort wieder angelangt, wo er vor dem Kriege gestanden hat. Weil aber der Arbeiter in den langen Jahren um alles gebracht wurde, braucht er noch lange den hohen Verdienst um auch seinen Haushalt wieder in Ordnung zu bringen.

Gewerkschaften und Betriebsorganisation.

In Nummer 28 unseres Fachorgans wird vom Kollegen Müller die Frage 'Gewerkschaften oder Betriebsorganisation' behandelt. Da ich Gelegenheit hatte, mich einigermaßen mit dieser Materie zu beschäftigen, seien mir in dieser Angelegenheit einige Ausführungen gestattet. Die Struktur der allgemeinen Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebsorganisation) findet seine Wesensverwandtschaft in den ehemaligen Trade-Unions in England. Als die englischen Arbeiter erkannt hatten, daß die Gewerkschaftsbewegung ihre Klassenlage nicht wesentlich ändern könne, schlossen sich die Massen der damals existierenden sozialistischen Bewegung der Chartisten an. In deren Periode wurden die Trade-Unions begründet, so um das Jahr 1830. Die Trade-Unions bildeten eine Vereinigung von Arbeitern aus verschiedenen Gewerben. Dies ist vorausgeschickt.

Im Statut der Revolutionären Betriebsorganisation heißt es unter Punkt 1: Zweck der Revolutionären Betriebsorganisation ist die Zusammenfassung aller revolutionären Arbeiter. Ziel: Bekämpfung der Diktatur des Proletariats. Punkt 3: Mitglieder können alle Arbeiter und Angestellte werden, die sich zur Diktatur des Proletariats bekennen. Dieser letzte Satz beleuchtet treffend die Illusion der Anhänger der Betriebsorganisation. Ein leitender Grundsatz der kommunistischen Partei (Spartakusbund) lautet: Die proletarische Revolution ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Massen des Volkes, die berufen ist, die geschichtliche Mission zu erfüllen und die geschichtliche Notwendigkeit in die Wirklichkeit umzusetzen.

Die Betriebsorganisation nennt sich läßt allgemeine Arbeiter-Union, vereint aber nicht die Arbeiter zur Massenorganisation, weil sie eben nur die ersten will, die sich zur Diktatur des Proletariats bekennen. Wie es aber damit aussieht, hat zum großen Teil die letzte Reichstagswahl bewiesen. An unzähligen Stellen kann man sich nur den Magen verdrücken. In der revolutionären Epoche sind den Gewerkschaften Millionen Indifferenter zugeströmt, weil sie von ihnen eine Besserung der Arbeitslage erhofften, und für die breiten Massen ist dies und nicht der Sozialismus das Kampfbild. Die Betriebsorganisation lehnt es aber entschieden ab, um wirtschaftliche Forderungen in den Kampf einzutreten, weil sie angeblich den Blick auf das große gesteckte Ziel richtet.

Aufgabe der Gewerkschaften muß es jetzt sein, die Millionen von Mitgliedern zu erziehen, nicht nur in die Breite, sondern in die Tiefe gehen. Dazu gehört aber, daß jeder Kämpfer ist und sich nicht nur als solcher gebärdet. Nicht nur ge-

fälligst unsern Blick auf unsere Gegner. Das Kapital steht in geschlossener Einheitsfront. Die Unternehmerorganisationen der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft haben sich zu einem Zentralausschuß der Unternehmerverbände zusammengeschlossen. Können wir uns angesichts dieser Tatsache den Luxus erlauben, unsere Kräfte weiter zu dezimieren? Ich schäme jeden denkenden Arbeiter so hoch ein, daß ich mir die Beantwortung dieser Frage ersparen kann, bin mir aber bewußt, daß an unklaren Köpfen solche Argumente abprallen.

Für uns gibt es nur unsere Front aufzubauen und die losen Kadres zu kampfkraftigen Industrieverbänden auszubauen. Wenn bei dieser Arbeit die Kämpfer der Betriebsorganisation es ablehnen, in den Gewerkschaften zu wirken, um sie zu revolutionieren, angeblich, weil sie gegen die Bonzen nicht antworten können, so ist dies nur Beslandnis ihrer Ohnmacht. Der Kapitalismus mit seinen Organistoren wie Stinnes, Huggenberg und Konforten repräsentiert doch eine stärkere Macht als die mangelhaft zusammengeschlossene Arbeiterschaft, den will man stützen und erklärt seinen Kanferot gegen Bonzen. Gegen das geschlossene Kapital genügt es nicht, eine neue Organisationsform mit einem gewissen politischen Zirkel zu erfinden, sondern kämpfen und nochmals kämpfen mit klarem Blick, vereinter Kraft und zäher Energie. Eugen Haase.

Für oder gegen die Zwangsbewirtschaftung?

Mit Beginn des neuen Erntejahres werden die Fragen eifriger diskutiert, welche Aussichten den durch die Zwangsbewirtschaftung betroffenen Berufsangehörigen bestehen. Die Ernteausichten, der Saatenstand und die Einfuhrmöglichkeiten sind in den Kreis der Debatte gezogen. Alle Arbeitnehmer und speziell die mit der Leitung der Berufsinteressen der organisierten Kollegen Betrauten, die von der Not des Berufes ein Lied singen können, müssen sich mit dieser Frage beschäftigen. Nach sozialen Gesichtspunkten beurteilt, müssen für Berufe, die durch abnorme Verhältnisse unter großer Arbeitslosigkeit zu leiden haben, auch außergewöhnliche Maßnahmen zu deren Behebung Anerkennung finden. Aus den Ursachen des verhängnisvollen Krieges, abgesehen von aller Zufuhr, nicht in der Lage, durch eigene Erzeugung die Ernährung zu sichern, war die Brotversorgung aufs äußerste gefährdet. Eine vernünftige Einteilung und vorzugsweise Sicherstellung der Ernährung mit Mählensfabrikaten bedingten die Rationierung und auch die Einheitlichkeit der Brotarten, Teigwarenprodukte, Einschränkung des Kuchenbackens und verschiedenes. Hand in Hand ging dabei die Preisfestsetzung aller Produkte in der Lebensmittelbranche. Alle diese Maßnahmen zeitigten in außergewöhnlichem Maße die Einschränkung der Arbeitszeit. Während des Krieges traten die Folgen nicht in diesem Maße in Erscheinung, konnten doch zeitweise im Beruf die Arbeitskräfte nicht beschafft werden. In dieser Zeit finden wir eine abnorme Lehrlingszuckererlei. Alle Kollegen, die ihrem Beruf schon längst Valet gesagt hatten, wurden durch die Hilfsdienstpflicht dem Berufe wieder zugeführt. Die Einführung der Abwiege- und Langwirfmaschine in den Großbetrieben ersetzte den Abgang von Arbeitskräften. Schon in dieser Zeit begann das System der Zwangsbewirtschaftung zur Korruption auszuarten, so daß die Einführung von schweren Freiheitsstrafen für diese Verbrecher am Volkswohl am Platz gewesen wäre. Der beginnende Mangel an Lebensmitteln und die Not des Volkes begünstigte dieses ehrolose Treiben der Schieber und Bucherer. Trotz allem Zwang erfolgte der unvermeidliche militärische Zusammenbruch.

Die Revolution und deren Regierung übernahm dieses System. Zugleich mit Kriegsende kehrten die Berufsangehörigen aus dem Felde an ihre alten Arbeitsplätze zurück. Die erste Folge war, daß die während des Krieges herangezogenen Arbeitskräfte auf die Straße flohen. Ein großer Teil der Zurückkehrenden konnte wegen Arbeitsmangel nicht mehr unterkommen. Die verschärften Verordnungen der neuen Regierung brachten keine Besserung. Die gewesenen Machtthaber hielten sich nach kurzer Schreckenszeit wieder oben auf und sabotierten alle Maßnahmen der Regierung. Der Geschmack am Geldverdienen, an der ungeheuren Bereicherung schiebt alle Rücksichten beiseite. Bucherer und Schieber finden mehr denn je Angebot an Mehl, Fleisch und Kartoffeln. Der Herbst 1919 sollte eine Besserung bringen. Nach den Ernteschätzungen waren die Ernährungsaussichten günstig. Die Brotaktion wurde erhöht, die Ausmahlungsquote herabgesetzt. Im Frühjahr 1920 zeigte sich die Sabotage der Regierungsmassnahmen katastrophal. Die Ablieferung an Getreide deckt in keiner Weise das Ablieferungsloß. Trotzdem aus dem Auslande und durch das Voch im Westen nennenswerte Mengen an Mehl und Getreide dem Inlandsmarkt zugeführt werden, ist die Brotversorgung gefährdet. Frühdruschprämien und Erhöhung der Getreidepreise können die Landwirte nicht an ihre nationale Pflicht erinnern. Rammon ist das Lösungswort. Auch Strafe soll sein für die Verwahrheitung des Volkes, an der Regierung teilnehmen zu wollen. Das Volk soll hungern. Das Verschieben ganzer Waggonladungen Getreide an die ehemaligen Feinde war keine Seltenheit. Der bekannte Ausweg der Regierung: Heraussetzung der Ausmahlungsquote und Herabsetzung der Brotmenge.

Für uns Berufsangehörige eine weitere Verminderung der Arbeitszeit - Verschärfung der Arbeitslosigkeit. Die Folge verschärfte Lebensmittelnot, weiteres Ausblähen von Schiebern und Bucherern. Die verlangten Schleichhandelspreise für das fehlende Brot und die Kartoffeln müssen durch rasch aufeinanderfolgende Lohnbewegungen gedeckt werden. Unerlöschliche Maßnahmen der Bucheranten zeitigen nur scheinbare Erfolge. Die Kreise der Besitzenden bedürftigen keine Konditoreimarken. In ihren Haushaltungen sind sie selbst in der Lage, feinstes Weizenmehl dezentprechend zu verwerten. In den Restaurationen und Cafés wird in den seltensten Fällen Anzeige über solche Fälle erfaßt. Arbeiterkreise, die es am härtesten trifft, sind in den weitaus meisten Fällen froh, für ihre hungernden Kinder Brot im Schleichhandel zu bekommen. Sind die Fälle der Bewucherung nicht zu kraß, so erfolgt auch von diesen Kreisen keine Unterstützung der geschaffenen Organe zur Bekämpfung des Schleichhandels. Inzwischen finden die Leitungen der Organisationswege zu finden, der großen Arbeitslosigkeit Einhalt zu bieten durch Mehlfantingentierung und Lohnausgleichstellen. Welch ein Sturm der Entrüstung! Allen voran die Genossenschaften. Das Kleingewerbe bringt der Not der Gehilfen mehr Entgegenkommen. Das ist soziale Nützlichkeit, ungerechte Besteuerung der

Konsumenten. Brächten doch diese Herren bei der Bewilligung der hohen Getreidepreise und zu der Verflüchtung des Brotgetreides so viel Entrüstung auf.

Eins muß für jeden Berufsarbeiter und auch für jeden Industriearbeiter feststehen: Greift man behördlich in die Berufsart ein, so muß auch behördlich eine Milderung der Schäden erfolgen. Die Regelung der Brotpreise hat jedoch bis heute die Möglichkeit gegeben, daß alle Bäckereien bestehen können. In anderen Industrien, beispielsweise in der Textilindustrie, werden Maßnahmen zur Einführung von Rohstoffen getroffen, um die Stilllegung der Industrie zu verhindern. Ähnliche Maßnahmen für unsern Beruf stößen auf den hartnäckigsten Widerstand der Behörden. Als Fazit der Zwangsbewirtschaftung können wir feststellen, daß keine ausreichende Belieferung der Betriebe gewährleistet wurde, aber auch keine Behinderung des Schleichhandels, der immer noch tolle Blüten zeitigt. Die Regierung ist machtlos, da die Erfassung der Lebensmittel beim Erzeuger die Grundbedingung einer Zwangsbewirtschaftung sein muß. Nachträgliche Schiebung der erfaßten Mengen könnte kaum noch eintreten. Die Preisbildung erfolgt sprunghaft, und wenn die Regierung dem Drängen der Landwirte nach ihren Darstellungen noch weiter stattd, ist der Zeitpunkt nicht mehr fern, daß trotz Zwangsbewirtschaftung die Brotpreise den Weltmarktpreisen immer näher kommen. Für die Arbeitnehmer in der Lebensmittelindustrie gilt aber nur zaghafte Entgegenkommen, wenn die Lohnfrage angeschnitten wird. Aus allen diesen Gründen werden wir der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung keinen Widerstand entgegenzusetzen brauchen. Der freien Entfaltung der Kraft der Organisation wird dadurch eine lästige Fessel genommen.

Verbandsnachrichten.

Quittung.

Vom 1. bis 7. August gingen bei der Hauptkassa des Verbandes folgende Beträge ein: Für Juni: Bad Reichenhall 87,15 M., Elbing 358,05. Für Juni und Juli: Gleiwitz 90 M. Für Juli: Wschersleben 143 M., Coburg 73,20, Eisenach 342,90, Eßlingen 295,60, Glogau 206,45, Hagen 284,40, Landsberg a. d. W. 147,92, Limbach 158, Lüneburg 200,50, Offenbach 916,20, Tangermünde 1043,60, Wernigerode 1245,20, Würzburg 1821,80, Zella-Mehlis 189,40. Von Einzelzahlern der Hauptkassa: R. A. Schneidemühl 12 M., W. B. Grabow 162,50, F. G. Offenbach 14, R. G. Horneburg 15. Für 'Technik und Wirtschaftswesen': F. Helmstedt 9 M., L. Köslin 40,50, U. F. Wilm 15,82, H. K. Gührin 12,50, M. Fürsternalde 7,50, Grabow 9, Eßlingen 16,50, Offenbach 54, Würzburg 22,50, Zella-Mehlis 15, Wefel (Nachzahlung) 1,50, Landsberg a. d. W. 9, Lüneburg 3, Tangermünde 3. Für 'Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung': Offenbach 3,50 M., Zella-Mehlis 9. Für Jahrbücher: Lüneburg 1 M. Der Hauptkassierer: O. Freitag.

Aus den Bezirken.

Stoll i. P. Vorsitzender: F. Waldow, Große Gartenstr. 3; Kassierer: Erich Drier, Gundeckstr. 5. Weiskammer. Vorsitzender: Paul Weißbach, Gablenger Straße 19.

Sterbetafel.

Berlin. Alfred Eichberg, Konditor, 45 Jahre alt, gestorben am 22. Juli. Louis Butz, Bäcker, 40 Jahre alt, gestorben am 29. Juli. Anna Mehlhorn, 30 Jahre alt, gestorben am 30. Juli. Bremen. Fräulein Meta Bote, gestorben am 20. Juni. Frankfurt a. M. Karl Nüchter, gestorben am 31. Juli. München. Stefan Noppl, Bäcker, 58 Jahre alt, gestorben am 4. August. Viersen. Katharina Baumanns, 22 Jahre alt, gestorben am 26. Juli. Ehre ihrem Andenken!

Lohnbewegungen und Streiks. Bäcker.

Mit den Bäckereinnungen Bielefeld, Geepen, Brackwebe und Schildesche wurde am 9. Juli eine Lohnvereinbarung getroffen. Danach betragen die Löhne 200, 195, und 175 M. Gehilfen in leitender Stellung erhalten dazu noch eine Zulage von 10 M. Die Vereinbarungen traten am 5. Juli in Kraft. Bremen. Die Löhne der Bäckereiarbeiter betragen vom 16. Juli an in Großbetrieben: Für Bäcker und Hilfsarbeiter 270 M., für Teigmacher und Ofenarbeiter 280 M., für Schichtführer 285 M.; in Kleinbetrieben: Für Arbeiter unter 20 Jahren 228 M., für Arbeiter über 20 Jahre 258 M., für erste und verantwortliche Arbeiter 268 M. Verkäuferinnen und Filialleiterinnen in Bäckereien und Brotfabriken vom 15. Juli beziehungsweise 25. Juni an, in der Klasse 1 343 M., in der Klasse 2 443 M., in der Klasse 3 543 M. als Grundgehalt. Hierzu kommen 1 % vom Umsatz und 1/4 pro kg Brot und 1/2 bis 1/3 pro Tausend Mark. Halle a. d. S. Für die Kollegen in den Großbetrieben wurde vom 2. Juli an eine Lohnhöhung von 15 M. vereinbart. Zu dem Durchschnittslohn von 245 M. kommt noch die Brot- und Kartoffelzulage von 2,50 M. für jedes Familienmitglied. Hannover. Der Wochenlohn beträgt vom 1. Juli an in Kleinbetrieben: Für Bäcker und Konditoren unter 20 Jahren 225 M., für Bäcker und Konditoren über 20 Jahre 280 M.,

für selbständige Gehilfen 240 M.; in Großbetrieben: für Tischarbeiter und Konditoren 240 M., für Teigmacher und Ofengehilfen 250 M., für Schichtführer, Oberbäcker und selbständige Konditoren 260 M. Für Kost und Logis können 70 M. in Abzug gebracht werden.

Serford. Die Löhne im Konsumverein wurden, nachdem die Kollegen am 20. Juli mit einem Streik aufwarten mussten, vom 1. Juli an für Bäcker auf 192,50 M., für Teigmacher und Ofenarbeiter auf 198,50 M. und für Schichtführer auf 202,50 M. festgesetzt.

Mit der Bäckervereinigung Ohlau i. Schl. wurde am 19. Juli ein Tarif abgeschlossen. Die Löhne betragen neben freier Kost und Wohnung für erste und selbständig arbeitende Gesellen 90 M., für zweite 70 M. und für dritte 60 M. Ferien bis zu 10 Tagen.

In Schneidemühl kam ein Tarifvertrag zustande, der die Löhne vom 1. August an auf 140, 150 und 160 M. festsetzt. Im Vergleich zu den bisherigen Löhnen ist eine Erhöhung von 50 bis 100% erzielt worden. Ferner sind durch die vertraglich vereinbarte Mehlmengenbegrenzung (im Handbetrieb bei mehr als 13 Doppelsteinen und im Maschinenbetrieb bei mehr als 15 Doppelsteinen mindestens 1 Gejelle) 15 bis 20 am Ort vorhandener gemeinsamer Gejellen eingestellt worden. Ein günstiger Erfolg, der die Kollegen zu weiterer Arbeit für unsere Sache anspornt wird.

Schwelm. Nach der Tarifverabreichung vom 15. Juli betragen die Löhne 200, 210 und 215 M. Leider ist in der Frage des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches und in der Lehrlingsfrage keine Einigung erzielt worden.

Konditoren.

Worms. Die Löhne betragen vom 25. Juli an für Gehilfen in den ersten beiden Jahren nach der Lehre 154 M., für Gehilfen bis 24 Jahre 176 M., für Gehilfen über 24 Jahre 198 M.

Gresfeld. Einen bösen, aber wohlverdienten Reizfall erlebte die Firma Hartig, Cornelius-Cafe. Die Firma hatte sich am letzten Montag und auch an das Verbot der Sonntagarbeit nicht gehalten, sondern die Arbeiter zum Arbeiten gezwungen. Die Arbeiter haben sich nicht, einem Kollegen zu entlassen wegen „Arbeitsmangel“. Kommt Herr Hartig die Organisation ein und ließ durch die Generalratgeber den Betrieb revidieren. Die Firma und auch die Gehilfen wurden von Seiten der Polizei gewarnt, während die Gehilfen nun in rechtlicher Weise jedwede Sonntagarbeit verweigerten, ging die Firma dazu über und kündigte den Beschäftigten. Ob aus Kaufbarkeit, daß er das neue Geschäft vollständig eingerichtet und hoch gebracht hat? Herr Hartig ist selbst Bäcker. Auf einmal wurde die Firma von dem Herrn Hartig, ihre Kaufleute sei voll von „Revolutionären“. Der Beschäftigtenleiter war der Hauptklientel. Herr Hartig bemüht sich unsere Organisationsvertreter, den Ernst zu erklären. Doch wenn nicht zu raten ist, dem ist auch nicht zu helfen. Kollege Koch als Vertreter der Organisation erhob Klage beim Schlichtungsausschuß. Dort sah er von den Kollegen Ehlers, dem Beschäftigtenleiter und Kollegen Mars das schäbste Verhalten der Firma in schändlicher Weise getarnt und weil die Firma den Beschäftigten als Unwesen in ungezügelter Weise gefündigt hat, mußte sie sich zu einem Vergleich bequemen und ihm 1000 M. und eine Woche Lohn (also 200 M.) zahlen. Wir fanden die gefürchte Frau von Herrn und Frau Hartig am Schluß der Sitzung sehr begründlich, zumal der mitgebrachte originale Kronzeuge Herr Ehlers durch sein Gestammel die Firma noch mehr beschuldigte. Da der Herr aber täglich 16 Stunden arbeitet, wird er es auf diesem Wege wieder gutmachen können. Unsere Kollegen sind ganz besonders die Beschäftigten sehr dankbar, wie wertvoll und nützlich eine feste Organisation für sie sein kann. Werde daher ein jeder Kämpfer für den Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufe.

Sonntagsarbeiten.

Streikmaßnahmen gegen die Verletzung des Sonntagsgesetzes in der Bäckerei und Konditoren.

Delitzsch i. S. Am 22. Juli versammelten die Kollegen in ihrer städtischen Versammlung gegen die von den Firmen getriebene Verletzung des Sonntagsgesetzes. Nach einem Hinweis des Redners auf die rechtliche Grundlage der Sonntagsarbeiten wurde eine einstimmige Entschließung gefaßt. Leider hat sich die Kollegen der Stadt Delitzsch nicht daran gehalten, sondern haben den Sonntagsarbeiten nach wie vor nachgegangen. Die Kollegen sind sehr dankbar für die Unterstützung der Kollegen der Stadt Delitzsch. Die Kollegen sind sehr dankbar für die Unterstützung der Kollegen der Stadt Delitzsch.

Bäcker.

Worms. Am 20. Juli fand nach langer Zeit auf dem Gelände des ehemaligen Kaserne ein Bäckervereinigungstag statt. An dem Tag wurde die Bäckervereinigung und die Lehrlingsvereine einig. Kollege Engelke, Mannheim, führte die Verhandlungen. Die Verhandlungen sind mit der Vereinbarung und der Gründung der Bäckervereinigung verbunden. Die Verhandlungen sind mit der Vereinbarung und der Gründung der Bäckervereinigung verbunden.

Konditoren.

Darmstadt. (Mitglied des Bezirksvereins von Magdeburger Verband.) Über gehörten die Konditoren in Darmstadt dem Deutschen Konditoren-Verband. Die Konditoren in Darmstadt sind sehr dankbar für die Unterstützung der Kollegen der Stadt Darmstadt. Die Konditoren sind sehr dankbar für die Unterstützung der Kollegen der Stadt Darmstadt.

verband der Bäcker und Konditoren. Der Verein war bisher Bezirksverein des Magdeburger Verbandes und hat infolge Nichterkenntnis mit dem Anschluß an die „Deutschnationale Gewerkschaft“ seinen Austritt erklärt. Da wir sofort in neue Tarifverhandlungen treten möchten, ersuchen wir sofort die nötigen Schritte zu unternehmen usw.“ Ein Bravo den Darmstädter Kollegen! Mögen alle folgen. Die Zeiten sind vorbei, wo man Arbeiter blindlings an Arbeitgeberorganisationen verkaufen kann, wie früher die Fürsten ihre Landesfürsten. Je eher desto besser, müssen auch die Konditorenangehörigen sich in unsern Verbände zusammenschließen. Der Magdeburger wird wohl sehr schnell an galoppierender Schwindsucht eingehen. Tränen werden ihm nicht nachgewein, denn er war von vornherein eine Mißgeburt. Sein Anschluß an die „Gelben“ wird sein Ende nur beschleunigen. Das liegt im ureigensten Interesse aller Kollegen. Nur Einigkeit kann uns vorwärts und aufwärts bringen, nicht Zerplitterung und Zwietracht.

Internationales.

Tarifliche Lohnregelungen in Norwegen. In der Julinummer der Norwegischen Bäcker- und Konditorenzeitung kann über eine große Anzahl von Städten von bedeutenden Erfolgen bei den Tarifbewegungen in den Bäckereien und Konditoreien berichtet werden. Die neuen Wochenminderlöhne schwanken durchgehend zwischen 100 und 125 Kronen. Nach dem Stande unserer Valuta bemessen erhalten die Kollegen in Norwegen Wochenlöhne von 700 bis 850 M. Fast in allen Tarifsen sind die Ferien geregelt, die wiederum durchgehend 2 Wochen unter Fortzahlung des Lohnes betragen.

Sozialpolitisches.

Die Betriebsunfälle in den Jahren 1918/1919. Nach einer vorläufigen Ermittlung des Reichsversicherungsamtes wurden 1919 574 840 Betriebsunfälle gemeldet, von denen 104 502 erstmalig entschädigt wurden. Die Summe der Entschädigungen dafür betrug 204 321 817 M. Zulagen zu Verletztenrenten wurden an rund 23 000 Personen in Höhe von rund 2 500 000 M. gezahlt. Diese Zahlen dürften sich bei den endgültigen Feststellungen wohl noch erheblich erhöhen. 1918 wurden, wie in dem Jahrbuch 1920 der „Antlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes“ veröffentlichten Nachrechnungsergebnissen zu entnehmen ist, 657 277 (1917: 684 151) Unfälle gemeldet, von denen 107 275 (107 534) entschädigt wurden, wofür 192 467 301 M. (182 481 413) gezahlt wurden. Die Ausgab für Rentenulagen wird sich 1920 bedeutend höher stellen, da sie durch die Verordnung vom 5. Mai 1920 wesentlich erhöht sind. Unfälle mit tödlichem Ausgang waren 1918 11 092 (1917: 11 520) zu verzeichnen, welche mit der Folge einer dauernden völligen Erwerbsunfähigkeit 626 (704). Die Zahl der von tödlich verletzten Personen hinterlassenen Entschädigungsberechtigten, die 1918 die erste Rente erhalten haben, betrug 18 199 (1917: 20 502), darunter 6467 (7142) Witwen und Witwer, 11 193 (12 937) Kinder und Enkel sowie 539 (425) Verwandte aufsteigender Linie. Verletztenrenten erhielten 1918 von den gewerblichen Berufsgenossenschaften insgesamt 422 486 Personen in Höhe von 90 279 695 M., von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 323 525 Personen in Höhe von 25 145 430 M. Renten an Witwen oder Witwer Geblöter wurden von den letzteren an 68 448 Personen im Betrage von 16 578 050 M. gezahlt, von den landwirtschaftlichen an 27 454 Personen in Höhe von 2 571 624 M. Dazu kommen noch die Hinterbliebenenrenten, die von den gewerblichen Berufsgenossenschaften an 77 636 Kinder und Enkel Geblöter im Betrage von 18 282 545 M. und an 3919 Verwandte aufsteigender Linie im Betrage von 941 940 M., von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften an 17 866 Kinder und Enkel 1 726 540 M. und an 310 Verwandte aufsteigender Linie 32 632 M.

Gewerkschaftliche Rundschau.

100000 jugendliche Mitglieder im Metallarbeiterverband. Unter jenen 1 705 000 Mitgliedern überhaupt zählt der Metallarbeiterverband rund 160000 jugendliche Mitglieder. Das ist dieselbe Zahl, die vor 20 Jahren den Mitgliederbestand des Metallarbeiterverbandes bildete. Im Jahre 1907 waren etwa 4000 jugendliche Mitglieder vorhanden, bis zum Ausbruch des Krieges waren es deren 15000, worauf zunächst ein Rückgang eintrat, der jedoch bald überwunden wurde. Es verdoppelte sich zunächst die Mitgliederzahl; im Vorjahre wurden 80000 gezählt, und nun sind 100000 jugendliche Mitglieder festgesetzt.

Der die Jugend hat, dem gehört die Zukunft! Die Zahl der Jugendlichen wird in allen Gewerkschaften wachsen und so ein neues Geschlecht für den gewerkschaftlichen Kampf heranzubilden werden. Der Wehrungskampf des Proletariats erhält aus der Jugend neue Mitglieder, durch die Schulung der Gewerkschaft erhöht sich ihr Wert.

Eingegangene Bücher und Schriften.

Heber Weis und Ziele einer Volkshochschule. Ein Entwurf zu einer neuen Selbstverwaltung von Arbeiterkolonien. Verlag vom Freien Ausschuss für Volkshochschule in Gießen.

Verband der Maler und Lackierer. Zur Lage der Lackierer. Statistik bearbeitet auf Grund einer Erhebung vom Juli 1919. Selbstverlag.

Protokoll der Verhandlungen der sechsstelligen ordentlichen Generalversammlung in Würzburg. Selbstverlag.

Ueber internationalen Bericht der Zentralverbände der Maler. Selbstverlag.

Das Rätesystem. Zwei Vorträge zur Einführung in den Rätedanken von Hugo Eymann. Verlag Unionbuchverlag, Frankfurt a. M.

Die Volkshochschule im neuen Deutschland von Dr. Max Apfel. Verlag Buchhandlung Bornwärdt, Berlin.

Das neue Landarbeiterrecht von Dr. E. Köpfel. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin SW 48, Wilhelmstr. 9. Preis 1,50 M.

Die Quintessenz des Volkswissens von Michael Smilg-Benario. Verlag Buchhandlung Bornwärdt, Berlin.

Spätestens am 14. August
ist der 34. Wochenbeitrag für 1920
(15. bis 21. August) fällig.

Versammlungs-Anzeiger

- Sonntag, 15. August:**
- Essen a. d. R. Vorm. 9 Uhr im Restaurant „Geller Hof“ Turmstraße, Gelsenkirchen. Vorm. 10 Uhr im Restaurant „Auguststr. 10, Glogau. Vorm. 10 Uhr in den „Bärenhäuten“.
 - Hannover. (Lehrlinge) 8 Uhr im Volkshaus, Nikolaistr. 10, Zimmer 4.
 - Herford i. B. Vorm. 10 Uhr bei Wilhelm Hiller, Brüderstraße.
 - Sturmann i. Th. 2 Uhr im „Zentralhotel“.
 - Wiesbaden. Vorm. 9 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße, Mainz. (Lehrlinge) 2 Uhr, „Flughäcker Bierhalle“, Emmertstraße, Denderlin. Vorm. 11 Uhr im Gewerkschaftshaus.
 - Zschmarn. Vorm. 9 1/2 Uhr im „Odeon“, Schülerstraße.
 - Wann. „Zur guten Quelle“, Königstraße.
- Montag, 16. August:**
- Magdeburg. (Essentische für Konditoren.) 7 1/2 Uhr im „Artushof“, Johannisberg 3.
 - Ratibor. 8 Uhr im Volkshaus.
- Dienstag, 17. August:**
- Magdeburg. Im Restaurant Dalmei, Paulusstraße.
 - Berlin i. Oberh. Bei Scherwin, Tarnowischer Straße 16.
 - Cöln a. Rh. (Konditoren.) 7 1/2 Uhr im Restaurant „Zum Glück“, Gärtenstraße.
 - Frankfurt a. M. (Konditoren.) 8 Uhr, Holzgraben 7.
 - Hilfshaus i. Schl. 6 Uhr bei Knapp, Wornbrunner Straße.
 - Leipzig. (Konditoren.) 7 1/2 Uhr im „Reglerhaus“, Nordstr. 17.
 - Mainz. (Konditoren.) 7 1/2 Uhr im „Gutenberg“, Stadthausstraße.
 - Meißen i. S. 7 Uhr im Gewerkschaftshaus.
 - Obernhan. 7 Uhr im „Deutschen Haus“.
- Mittwoch, 18. August:**
- Sattowitz i. Oberh. Im Gewerkschaftshaus, Beatestr. 49.
 - Leipzig. (Bäcker.) 7 1/2 Uhr im Volkshaus, Beiter Straße 52.
 - Wann i. B. Im „Schillerpark“.
 - Wiesbaden. (Konditoren.) 8 Uhr, Restaurant „Bürgerhof“, Michelberg.
 - Worms. (Konditoren.) 7 1/2 Uhr, Restaurant „Stadthof“, Gagenstraße.
- Donnerstag, 19. August:**
- Essenfeld. (Konditoren.) 8 Uhr im Restaurant Gente, Gostamp 28.
 - Emden. 7 Uhr im „Friedenhof“, Am neuen Markt.
 - Helmstedt. 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Schloßstr. 42.
 - Hildesheim. Im Hotelas Bierhäusern, Dorotheenstr. 7.
 - Kreuznach. 8 Uhr im Restaurant „Germania“, Planiger Straße.
 - Oberhausen i. Rhld. (Konditoren.) 8 Uhr im Restaurant „Zum Adler“, Rolandstraße.
 - Stettin. (Konditoren.) Bei Begrom, Karlsruhstr. 11.
 - Stuttgart. (Bäcker.) 7 1/2 Uhr in „Stadt Gerberberg“, Holzstr. 10.
 - Worms. 7 1/2 Uhr im Restaurant „Zur Krone“, Friedrichstraße.
- Freitag, 20. August:**
- Hof i. B. Im „Bürgerbräu“, Gte König- und Ufenbergstraße.
- Sonabend, 21. August:**
- Samborn. 7 Uhr im Restaurant Fergels, Rattier-Friedrich-Straße.
 - Peterow i. W. Im Gewerkschaftshaus, Alte Poststr. 5.
- Sonntag, 22. August:**
- Wann. 8 Uhr bei Büpse, Wittenstraße (hinterm Rathaus).
 - Wiesbaden. (Lehrlinge.) Im Gewerkschaftshaus, Wilhelmstr. 49, 1. Et.

Anzeigen

- Nachruf. [12 M.]**
Am 22. Juli starb unser Mitglied, der Konditor **Alfred Eichberg** im Alter von 45 Jahren.
- Am 29. Juli starb unser langjähriger Mitglied, der Bäcker **Louis Butz** im Alter von 40 Jahren an den Folgen eines Kriegesleidens.
- Am 30. Juli starb die kollegiale **Anna Mehikorn** im Alter von 20 Jahren. Ehre ihrem Andenken! Verwaltung Berlin.
- Nachruf. [5,50 M.]**
Am 26. Juli starb unsere Kollegin **Kath. Baumanns**. Ein ehrendes Andenken werden wir ihr stets bewahren. Zahlstelle Wierzen.
- Nachruf. [6,50 M.]**
Am 4. August starb unser Mitglied, der Bäcker **Stefan Noppl** im Alter von 53 Jahren. Die zahllose Mädchen wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Vorstandschafft.
- Am 1. August starb unser Kollege **Otto Tessmann** Wir werden ihn ehren halt. [3 M.] Zahlstelle Herne i. W.
- [5 M.] **Dauftagung!**
Für die liebe u. ehr. Teilnahme a. d. Beerd. u. Söhn. O. Tessmann i. d. Zahlst. Herne i. W. amig. Zahl. Sonntag, 6. August. Die Eltern.
- Verbandsmitglieder! Schickt nur Verzeichnisse ab bei der **Volkshilfe** Gewerkschaftl. - Genossenschaftl. Versicherungs-Aktiengesellschaft Hamburg 5.

Lehrer und Wirtschaftswesen
im Bäcker- und Konditorgewerbe sowie in der Süß-, Back- und Teigwarenindustrie

ist das monatlich einmal erscheinende, mit Abbildungen gut ausgestattete Fachblatt, das vom Verbandsvorstand zur beruflichen Weiterbildung der Kollegen herausgegeben wird. Als pädagogische Mitarbeiter sind anerkannte Fachgelehrte sowie tüchtige Praktiker aus kollegentreuen Gewerkschaften. Die Heft enthält ständig dem Berufsleiter eine fülle wertvoller Stoffe, den er in allen Zweigen des Back- und Süßwarenhandwerks verwenden kann. Der Bezugspreis der 32 Seiten starken Monatshefte beträgt 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M. Man wende sich wegen Bezuges an die Verbandsfunktionäre und lasse sich ein Probeheft vorlegen!